

Nr. 2248 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich
 DER BUNDESKANZLER

Zl. 20.452-PrM/69

3. Februar 1969

Schriftliche Anfrage Nr. 1.038/J an
 den Bundeskanzler, betr. die Gegen-
 überstellung des Kostenaufwandes für
 die Beantwortung parlamentarischer
 Anfragen mit dem Kostenaufwand für
 die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit

1048/AB.
 zu 1038/J.
 Präs. am 4. Feb. 1969

An

Herrn Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Alfred MALETA,

1010 W I E N

Die Abgeordneten zum Nationalrat THALHAMMER, WIELANDER
 und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates am 10. Dezem-
 ber 1968 unter der Nr. 1038/J an mich eine schriftliche Anfrage, be-
 treffend die Gegenüberstellung des Kostenaufwandes für die Beantwor-
 tung parlamentarischer Anfragen mit dem Kostenaufwand für die so ge-
 nannte Öffentlichkeitsarbeit, gerichtet.

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Frage 1)

Auf welche Gesamtsumme belaufen sich die von Ihnen, Herr Bundes-
 kanzler in Ihrem Wirkungsbereich zu verantwortenden Gesamtausgaben
 für die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit seit Übernahme Ihrer Amtsge-
 schäfte und in welchem Verhältnis stehen diese Ausgaben zu den von
 Ihnen im oben zitierten Schreiben erwähnten Gesamtkosten für die Be-
 antwortung parlamentarischer Anfragen?

Antwort:

Die Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung
 seit dem 1. Jänner 1967 - in den Jahren vorher waren für die Öffent-
 lichkeitsarbeit der Bundesregierung keine eigenen Budgetmittel vorge-
 sehen - bis inclusive 4. November 1968 betrugen S 3,336.716.-. Der
 Grund für die Angabe der Aufwendungen bis zum 4. November 1968 ist
 darin zu suchen, daß der Kostenaufwand für die Beantwortung parlamen-

tarischer Anfragen ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkte errechnet worden ist. Dieser Betrag steht mit dem von mir in meinem Schreiben vom 21. November 1968, Zl. 20.994-PrM/68, angegebenen Kostenaufwand für die Beantwortung parlamentarischer Anfragen in der Höhe von S 680.627,10 im Verhältnis von 4,9 zu 1.

Frage 2)

Wurden die sogenannten "Kosten" für die Beantwortung von Anfragen an Bundesminister, die in Ihrem Schreiben an die Mitglieder des Finanzausschusses ausgewiesen sind, im Einvernehmen mit den betroffenen Ministern ermittelt?

Antwort:

In meinem Schreiben vom 21. November 1968, Zl. 20.994-PrM/68, sind nur solche Kosten ausgewiesen, die dem Bundeskanzleramt erwachsen sind, so daß für diese Kostenberechnungen nicht das Einvernehmen mit den einzelnen Ressorts herzustellen war.

Frage 3)

Auf welcher Grundlage wurden Ihre "Berechnungen" angestellt?

Antwort:

Der in den schematischen Darstellungen angeführte Arbeitszeitaufwand fußt auf den auf Grund der bisherigen Erfahrung ermittelten durchschnittlichen Annäherungswerten. Die Berechnung der monetären Kosten dieses Arbeitszeitaufwandes wurde in meinem oben erwähnten Schreiben auf Seite 4 bereits detailliert.

J. Klement